

Kersting, Christa

## Erziehungswissenschaft in Hamburg nach 1945. Zum Umgang der Disziplin mit Emigranten

*Zeitschrift für Pädagogik 40 (1994) 5, S. 745-763*



Quellenangabe/ Reference:

Kersting, Christa: Erziehungswissenschaft in Hamburg nach 1945. Zum Umgang der Disziplin mit Emigranten - In: Zeitschrift für Pädagogik 40 (1994) 5, S. 745-763 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-16335 - DOI: 10.25656/01:1633

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-16335>

<https://doi.org/10.25656/01:1633>

in Kooperation mit / in cooperation with:

# BELTZ

<http://www.beltz.de>

### Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

### Kontakt / Contact:

peDOCS  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Digitalisiert

Mitglied der

  
Leibniz-Gemeinschaft

# Erziehungswissenschaft in Hamburg nach 1945

## *Zum Umgang der Disziplin mit Emigranten*

„Science sans conscience n'est que ruine de l'âme.“ (MONTAIGNE)

### *Zusammenfassung*

Definitive Aussagen zur Bedeutung der Remigration für die Erziehungswissenschaft sind beim derzeitigen Stand der Forschung noch verfrüht. Gleichwohl gibt die vorliegende Studie anhand dreier Beispiele der Hamburger Universität (CURT BONDY, ANNA SIEMSEN und ELISABETH BLOCH-MANN) ein in vielen Zügen generalisierbares Bild der Berufungs- und Wissenschaftspolitik dieser Disziplin nach 1945. Die Untersuchung basiert auf der Auswertung insbesondere der Hamburger Universitätsakten und bezieht das disziplinäre Umfeld (Soziologie, Psychologie und Philosophie) ein.

Der folgende Beitrag konzentriert sich auf die Rekonstitution des Seminars für Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg. In die Diskussion wird außerdem das 1947 wieder eröffnete Pädagogische Institut einbezogen, das als Institut für Lehrerbildung der 1919 gegründeten Hamburger Universität im Jahre 1927 eingegliedert und 1936/37 aufgelöst worden ist. Im Zentrum der Überlegungen stehen die Schicksale emigrierter Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, nicht die Entwicklung von Theorieprogrammen nach 1945. Dem Votum für Personen sind aber Grundsatzentscheidungen für Theorien unschwer zu entnehmen.<sup>1</sup>

### *1. Universitäres Umfeld*

Hamburg gehört – wie etwa Niedersachsen mit ADOLF GRIMME – zu den wenigen Ländern, in denen nach 1945 die Kulturpolitik in den Händen von Sozialdemokraten lag. Der Leiter der Hamburger Schulbehörde (der die Schulen und die Hochschulen unterstanden), Senator HEINRICH LANDAHL, hatte nach dem Studium in Berlin während der Weimarer Republik an einem Hamburger Reformgymnasium gearbeitet. Demokratisch-reformpädagogische Vorstellungen sollten nun seine Hochschul- und Schulpolitik bestimmen. Für eine demokratische Hochschulreform fand die britische Militärregierung unter

---

<sup>1</sup> Die Arbeit entstammt dem von der DFG geförderten Projekt „Wissenschaftsemigration“. – Für ihre Unterstützung bei den Archivarbeiten möchte ich Herrn Dr. HANS WILHELM ECKARDT (Staatsarchiv Hamburg), Frau MARIANNE SCHUMANN (Universitätsarchiv Greifswald) sowie Herrn Professor HUBERTUS MENKE (Kiel) danken.

den Bedingungen eines sich in der Nachkriegszeit an den Universitäten ausbreitenden Konservatismus von den Hamburger Behörden jedoch keine Unterstützung, die von britischer Seite vorgesehene Änderung universitärer Strukturen unterblieb (PINGEL 1985).

Die allgemeine personelle Ausgangslage an den Universitäten hatte HERMAN NOHL 1946 mit folgenden Worten skizziert:

„Man weiß nicht, wer von den Vermißten und Gefangenen lebendig zurückkommen wird. Noch übersieht man nicht, wieviele aus dem Osten Geflüchtete bei uns untergebracht werden müssen und wieviele in ihre Heimat zurückkehren werden. Noch übersieht man die Folgen der Entnazifizierung nicht. Und niemand weiß, wie schnell meine so sehr überalterte Generation verschwinden wird, nicht bloß weil die Altersgrenze herabgesetzt werden wird, sondern weil die Sterblichkeit dieser von Hunger, Krankheit und Kummer geschwächten Menschen gewiß größer ist als in normalen Zeiten“ (NOHL 1946, S. 1).

Der Lehrkörper der Nachkriegsuniversität setzte sich dann, den zeitgeschichtlichen Umständen entsprechend, aus unterschiedlichen Personengruppen zusammen: Neben ehemaligen Nazis und „Mitläufern“ gab es aus politischen Gründen 1933 aus dem Amt Entlassene oder im Widerstand Tätige, es gab die große Gruppe der aus den Ostgebieten geflüchteten Akademiker, unter ihnen ebenfalls ehemalige Nazis, und schließlich die Gruppe der 1933 verdrängten Wissenschaftler, der Emigranten, die – politisch und/oder in ihrem Verhältnis zum Judentum keineswegs homogen – in vielen Wissenschaftsbereichen bis 1933 die Avantgarde gebildet hatte. Wie die Hamburger Universitätsakten zeigen, wurde die Bezeichnung „verdrängt“ keineswegs nur für die Gruppe der Emigranten verwendet – dies allerdings legt die Diskussion um eine „zweifache Verdrängung“, eine physische nach 1933 und eine des Bewußtseins nach 1945 (FEIDEL-MERTZ 1983; differenziert FEIDEL-MERTZ 1986; KEIM 1989), nahe; bereits um 1950 konnten Angehörige aller genannten, extrem heterogenen Gruppen an der Universität als „verdrängt“ bezeichnet werden.

Auf der nordwestdeutschen Rektorenkonferenz in Göttingen im September 1945 war dieser Terminus noch für die von den Nazis entlassenen bzw. vertriebenen Wissenschaftler reserviert:

„Die Rektorenkonferenz ist darüber einig, daß den auf Grund nationalsozialistischer Gesetzgebung verdrängten oder ausgewanderten deutschen Hochschullehrern in allen geeigneten Fällen die Wiederherstellung ihres Charakters als deutscher Hochschullehrer, bei akademischer Verwendbarkeit ihre Verwendung in ihrem früheren Amt, wenn dieses besetzt ist, in einem anderen gleichwertigen, bei verminderter akademischer Verwendbarkeit ihre sachgemäße Versorgung, insbesondere ihre Emeritierung zu gewähren ist. Gegebenenfalls sind den Betroffenen ihre früheren Stellen offenzuhalten. – Die Erfüllung dieser Verpflichtung ist solidarische Ehrenpflicht aller deutschen Hochschulverwaltungen, Hochschulen und Fakultäten“ (NEUHAUS 1961, S. 15f.).

Spätestens im Januar 1950 wurden als „verdrängte Gelehrte“ offiziell aber auch die aus den Ostgebieten vertriebenen Wissenschaftler bezeichnet (StH, HV 1, BI 50). Schließlich wurden im Kampf um die Pensionen selbst aus den im Zuge der Entnazifizierung aus den Ämtern entfernten Personen „verdrängte“ Beamte (StH, HV 1, BI 70). – Besondere Aufmerksamkeit erfuhren ebenfalls Wissenschaftler, die in der SBZ bzw. DDR lebten oder an den dortigen Uni-

versitäten wirkten und die sich häufig über Adressen in den Westzonen, z. T. nur verklausuliert, wie etwa THEODOR LITT, an ihre westlichen Kollegen wandten. Obwohl genauere Analysen über die Kontakte innerhalb der Universität und mit den (befreundeten) Kollegen außerhalb fehlen, dürfte es in der Hamburger Universität unter diesen politisch heterogenen und bei Stellenbesetzungen konkurrierenden Gruppierungen zu einem psychisch ebenso belastenden Klima gekommen sein, wie es JASPERS in Heidelberg erlebt (ARENDET/JASPERS 1987, S. 95: „Sykophantenatmosphäre“) und GOLCZEWSKI für Köln recherchiert hat (1988, S. 376ff.); der Hinweis auf ein pragmatisches Arrangement der im Widerstand Aktiven mit denen, die die NS-Ideologie vertreten hatten (LÜBBE 1983, S. 587), überzeugt kaum.

Der Zustrom der aus den Ostgebieten geflüchteten Wissenschaftler war in Hamburg wegen dessen geographischer Lage besonders groß. Anfang März 1950 beschlossen dort Hochschullehrer, die von 17 außerhalb des Bundesgebietes gelegenen Hochschulen vertrieben worden waren, die Gründung eines „Notverbandes amtsverdrängter Hochschullehrer“ (NAH) (StH, HV 1, Bl 54), der bald über ein, später als „neonazistisch“ bezeichnetes Organ verfügte (SZONDI 1993, S. 222). Auf diese Gruppe bezogen, taucht in einem Aktenvermerk vom 30. 3. 1950 zum Schreiben der Hamburger Senatskanzlei an die Schulbehörde die Frage auf, „wie der Verlust an wissenschaftlichen Substanzen im Interesse der deutschen Forschung und ihrer Geltung im Ausland verhütet werden“ könne (StH, HV 1, Bl 72, 73); außerdem hätten die Länderverwaltungen von insgesamt 501 „bisher 204 verdrängte Dozenten“ wieder in Planstellen eingesetzt (ebd.). Die wohlorganisierte, in ihrer politischen Haltung als berechenbar eingestufte und von den Ländern und der Rektorenkonferenz unterstützte Gruppe heimatvertriebener Akademiker hatte Ende 1950 an der Hamburger Universität 11,4 Prozent der vorhandenen und 12,3 Prozent der besetzten Stellen inne (StH, HV 1, Bl 139–141).

Trotz dieser großen Konkurrenz waren die Emigranten zunächst nicht vergessen. Diesen Eindruck vermitteln die Protokolle der ersten Sitzungen der Philosophischen Fakultät vom 7. Mai 1945 an (StH, P 16). Sogleich erinnerte man sich an die Prominenz, an den Kunsthistoriker ERWIN PANOFSKY, den man gern zurückgeholt hätte, oder an den Philosophen ERNST CASSIRER. Der Aufenthalt vieler ehemaliger Kollegen und Kolleginnen war jedoch unbekannt. So konnte etwa die wiederholte Frage nach dem Verbleiben der Philologin AGATHE LASCH, die 1943 in einem Konzentrationslager umgekommen war, zu dieser Zeit nicht beantwortet werden.

Daß eine mögliche Berücksichtigung von Emigranten primär aber im fachlichen, kaum im persönlich-sozialen Interesse zu suchen ist, läßt beispielsweise die Diskussion um die Nachfolge des im Frühjahr 1945 emeritierten Soziologen ANDREAS WALTHER erkennen. WALTHER hob in der Sitzung der Philosophischen Fakultät vom 14. 7. 1945 hervor, „daß die Nachfolgefrage gerade in allerletzter Zeit sich fundamental verändert habe, indem viele Kollegen aus anderen Gebieten Deutschlands vielleicht jetzt gern nach Hamburg kommen würden. Es sei auch an Emigranten zu denken“ (StH, P 16). Da für ihn eine Persönlichkeit in Frage komme, die sowohl auf dem Gebiet der Theorie als auch der Praxis bewandert sei, schlug er u. a. IPSEN und den Emigranten THEODOR GEIGER vor. Der Althilologe BRUNO SNELL warnte dagegen vor einer Ausrichtung des

Faches nach amerikanischem Vorbild, und der Anglist EMIL WOLFF, der neu ernannte Rektor der Universität, griff das zur Abwehr angelsächsischer Forschung seit den 20er Jahren vorgebrachte Argument auf, Soziologie drohe auf Kosten der Philosophie ein neues „Universalfach“ zu werden; beide sprachen sich deshalb gegen die Einbeziehung von Emigranten aus. Im Fach Soziologie, dessen Zuordnung (ob zur Rechts- und Staatswissenschaftlichen oder, wie seit 1933, zur Philosophischen Fakultät) nicht geklärt war, kam es zu einer jahrelangen Besetzungsprozedur, bei der immer wieder Emigranten und auch eine Emigrantin zur Diskussion standen (StH, A 5; WASSNER 1991).

Zu den universitären Bedingungen für eine Remigration von Wissenschaftlern in die britische Besatzungszone gehörten weitere immer wieder geäußerte Schwierigkeiten: der gerade in Hamburg unter Studenten herrschende Antisemitismus (PINGEL 1985, S. 196f.), die Ablehnung einer Rückkehr bzw. die Nichtberufung aufgrund des Alters (Differenz von 1. und 2. Generation, MÖLLER 1984, S. 117) oder einer im Immigrationsland erreichten Position, die in Deutschland keineswegs konsolidierten Lebens- und Arbeitsbedingungen, zumal wenn Kinder mitzuversorgen waren (PHILLIPS 1983, S. 27f., S. 92, § 57). Im Bericht der Delegierten der britischen Association of University Teachers (AUT) von 1948 wurde als Anreiz zu einer dauernden Rückkehr die Einrichtung von Gastprofessuren empfohlen (PHILLIPS 1983, S. 71 ff.). Übrigens konnten die Universitäten die betreffenden festen Stellen dadurch offenhalten, sei es für noch nicht Entnazifizierte oder für Nachwuchswissenschaftler.

Eine erste Bilanz über die Besetzungen an der Hamburger Universität geben die für Senator HEINRICH LANDAHLs Etatrede 1949 vorbereiteten Notizen wieder. Seit Beendigung des Krieges seien von den 78 Ordinariaten und 23 Extraordinariaten bis zum 1. Mai 1949 insgesamt 35 Lehrstühle neu besetzt worden, so daß von einer völligen Neugestaltung des Lehrkörpers gesprochen werden könne.<sup>2</sup> Gemessen an einer Demokratisierung der Hochschule hatte tatsächlich nur eine Teilerneuerung stattgefunden, denn:

„Von den 35 neubesetzten Lehrstühlen sind 18 mit ehemaligen Parteigenossen besetzt worden, die 17 anderen waren formal Mitglieder der NSDAP, jedoch bis auf 2 Fälle (ZECHLIN und BAGGE) erst von 1937 an oder später oder auch nur Angehörige von Organisationen. Sämtliche neuberufenen Lehrstuhlinhaber sind in Kategorie V eingestuft und entlastet oder wären, nach dem in der britischen Zone üblichen Verfahren in Kategorie V eingestuft worden. Bevor ehemalige Parteigenossen auf die Lehrstühle berufen worden sind, sind im allgemeinen Rufe an Nichtparteigenossen herausgegangen. Die Liste der Hochschulen enthält 15 abgelehnte Rufe von Nichtparteigenossen. Darunter befinden sich zahlreiche Emigranten. Eine Reihe dieser Herren haben auf längere Zeit Gastprofessuren an der Universität Hamburg innegehabt (insgesamt 8). Eine größere Zahl weiterer Herren aus dem Ausland sind zu einzelnen Gastvorlesungen nach Hamburg eingeladen worden und haben Gastvorlesungen gehalten“ (StH, A 41, Bl 22).

2 Neugeschaffen wurde je ein Lehrstuhl für Psychologie, Auslandspädagogik und Deutsche Philologie sowie ein Extraordinariat für die Geschichte der Naturwissenschaften. Ferner wurden einige wissenschaftliche Ratsstellen in Extraordinariate für Chemie und Physik umgewandelt. – Zu dem in den einzelnen Fakultäten prozentual sehr unterschiedlich hohen Anteil von NSDAP-Mitgliedern vgl. BOROWSKY 1991, S. 457, Anm. 69.

## 2. Zur Berufs- und Besetzungspolitik

Nicht selten können die Berufs- und Besetzungsverfahren nur mit kriminalistischem Geschick rekonstruiert werden: Die durch Entlassung sowie Emigration um 1933 vakant gewordenen Lehrstühle oder Professorenstellen waren in der Zeit des Nationalsozialismus oft umgewidmet worden und mußten nach Kriegsende erst wieder geschaffen werden, wie z. B. für die Nachfolge WILLIAM STERNS; die Akten sind aber an unterschiedlichen Orten abgelegt. Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, daß sich die Berufungsvorgänge aus den Akten nicht vollständig erschließen lassen, so etwa im Falle FRITZ BLÄTTNERS. Ihn hätte WILHELM FLITNER gern nach Hamburg geholt (StH, A 3)<sup>3</sup>, FLITNER und THEODOR LITT hatten ihn auch für die Pädagogische Fakultät Greifswald empfohlen (UAG, 30)<sup>4</sup>; zum 1. 5. 1946 übernahm er schließlich das durch die Emeritierung des Psychologen WITTMANN freigewordene Extraordinariat für Psychologie und Pädagogik an der Universität Kiel, ohne daß allerdings die obligatorische Bestätigung seitens der britischen Militärregierung in den Akten aufzufinden ist.<sup>5</sup>

Aus den Hamburger Dokumenten geht außerdem hervor, daß auch im erziehungswissenschaftlichen Bereich eine Einstufung als „unbelastet“, also in Kategorie V, erst nach Übernahme des Entnazifizierungsverfahrens durch deutsche Behörden erfolgen konnte (StH, K).<sup>6</sup> Ferner belegen diese Quellen, daß die Philosophische Fakultät Gesuche um eine nachträgliche Emeritierung von Wissenschaftlern, die sich im NS politisch engagiert hatten, unterschiedlich behandelte; die Anfragen des Erziehungswissenschaftlers GUSTAF DEUCHLER und des Psychologen GEORG ANSCHÜTZ z. B. wurden strikt abgelehnt. Eine Emeritierung hätte eine finanzielle Besserstellung und eine Rehabilitierung durch die Fakultät bzw. den Kollegenkreis bedeutet.

Wie selbständig die Universitäten in ihren Entscheidungen waren, ist beim derzeitigen Stand der Forschung schwer abzuschätzen (SYWOTTEK 1991, S. 1402). So schrieb etwa E. SPRANGER an seinen ehemaligen Schüler, Senator LANDAHL, am 7. 11. 1945: „Wenn ich dem gütigen Ruf zu folgen bereit bin, so ist es unter den heutigen Verhältnissen mit einem einfachen ‚Ja‘ natürlich nicht

3 Vgl. StH, A 3, Bl 179–181. Bei BLÄTTNER, bereits Extraordinarius für Psychologie und Pädagogik in Kiel, „besteht“, so der Gutachter, „zunächst das Hindernis, daß er als Parteimitglied von 1937 für die Lehrerbildung bisher nicht die Bestätigung der Militärregierung finden konnte“ (ebd., Bl 181). Zwar nicht für die Lehrerbildung, aber für die Hamburger Universität muß nach BLÄTTNERS Aussage ein Bestätigungsschreiben vom 24. Juli 1945 vorgelegen haben (Kiel, B: Brief BLÄTTNERS an BLUME vom 10. 2. 1946; A. UNSÖLD, Dekan der Philosophischen Fakultät Kiel, an den Kurator der Universität Kiel vom 25. 2. 1946; Empfehlung UNSÖLDS vom 27. 1. 1946 zugunsten BLÄTTNERS, der „unico loco“ vorgeschlagen wird).

4 Vgl. UAG, 30: Brief von W. FLITNER, Hamburg, vom 27. 2. 1946 an den Philosophen GÜNTHER JACOBI, Universität Greifswald.

5 BLÄTTNER wurde erneut deutlich von FLITNER protegiert und in Kiel von dem Altphilologen DILLER unterstützt. FLITNER empfahl BLÄTTNER im Brief vom 25. 9. 1945 dem Prodekan der Philosophischen Fakultät, dem Musikwissenschaftler FRIEDRICH BLUME, für das Extraordinariat in Psychologie (Nachfolge WITTMANN) als „den am meisten geeigneten Dozenten“.

6 So erreichte z. B. Dr. ALFRED KLEEGERG (1897–1957), seit 1937 Leiter der Hamburger Klosterschule (Realschule und Realgymnasium für Mädchen) eine Einstufung von Kategorie IV nach Kategorie V erst 1949. Von 1951 bis zu seiner Pensionierung am 31. 3. 1953 war er dann der erste Studienleiter am Pädagogischen Institut für den gymnasialen Bereich (vgl. StH, K).

getan. Maßgebende Mächte entscheiden mit, die wohl zunächst die Zustimmung geben müssen ...“ (StH, A 3, Bl 148 R). Gleichwohl ist davon auszugehen, daß die Vorschlags- und Berufungslisten das fachliche und politische Spektrum der von wissenschaftler Seite angestrebten Rekonstitution der Universität wiedergeben; sie sind ein Zeugnis für das von der Göttinger Rektoratkonferenz 1945 geforderte Problembewußtsein der an den deutschen Universitäten verbliebenen Wissenschaftler.

### *3. Remigration und Neubesetzung – Exempla im Feld der Pädagogik*

Anhand dreier Beispiele aus der Hamburger Universität sollen die konkreten Bedingungen für eine Remigration für die Erziehungswissenschaft analysiert werden. Es handelt sich um die Nachfolge des 1933 emigrierten und 1938 im amerikanischen Exil gestorbenen Psychologen und Pädagogen WILLIAM STERN, um die Rückkehr der Pädagogin und Literaturwissenschaftlerin ANNA SIEMSEN aus dem Schweizer Exil sowie um den gescheiterten Versuch einer Rückberufung der Literaturwissenschaftlerin und Pädagogin ELISABETH BLOCHMANN aus England.

#### *Beispiel 1: Berufung im Bewußtsein der „Verdrängung“ – zwei Lösungsversuche*

Dem ersten Beispiel sei eine Bemerkung vorausgeschickt. Der psychologische Lehrstuhl in Hamburg – WILLIAM STERN hatte ihn als Nachfolger ERNST MEUMANNNS von 1916 bis zu seiner Emigration 1933 inne (MOSER 1991; SCHEUERL 1991) – war 1938 an die Kunstgeschichte bzw. Archäologie abgegeben worden. Ende 1946 sollte die Hamburger Lehrerbildung (wie bereits zwischen 1927 und 1936 (GEISLER 1973) wieder der Universität eingegliedert werden, und aus den Mitteln der nun aufgelösten Hochschule für Lehrerbildung wollte man die Neuerrichtung des Lehrstuhls für Psychologie finanzieren. Nach der Vertreibung STERNS hatte GUSTAF DEUCHLER, der 1923 als erster Ordinarius für Erziehungswissenschaft nach Hamburg berufen worden war, vom 19.9.1933 bis 1938 kommissarisch das Psychologische Institut geleitet. DEUCHLER gehörte der experimentellen Richtung der Pädagogik an, hatte 1909 bei WILHELM WUNDT in Leipzig promoviert, war Assistent am Institut für experimentelle Pädagogik des Leipziger Lehrervereins, ab 1910 Dozent und ab 1921 außerordentlicher Professor an der Universität Tübingen gewesen. Seit 1932 hatte er sich offen zur NSDAP bekannt. Für das dann aus den Mitteln einer Ratsstelle neuerrichtete Extraordinariat für Psychologie war jedoch am 6.11.1942 der Rassebiologe GEORG ANSCHÜTZ berufen worden. DEUCHLER wie ANSCHÜTZ wurden wegen ihrer Aktivitäten in der NSDAP definitiv zum 31.7.1945 von der Universität Hamburg entlassen.<sup>7</sup> – Aufgrund der dritten Berufsungsliste

7 DEUCHLERS Professur übernahm zum 1.4.1947 HANS WENKE. DEUCHLER war Ende Juli 1945 von der Universität entlassen worden, in der Philosophischen Fakultät erst nach Annahme des Rufes durch WENKE (P 17, 30.11.1946). Eine erste Vorschlagsliste der Philosophischen Fa-

übernahm schließlich der Emigrant CURT BONDY zum SS 1950 die Professur für Psychologie.

Zunächst aber sollte SPRANGER berufen werden,<sup>8</sup> dem bereits 1916 die Nachfolge MEUMANNs angetragen worden war. SPRANGER hatte seinerzeit abgelehnt, da er die Forderungen der Volksschullehrerschaft – Einheitsschule und akademische Lehrerbildung – als Zumutung empfunden hatte (DUDEK 1990, S. 150f.). STERN, der als Jude in Berlin keinesfalls auf einen Lehrstuhl hätte berufen werden können, war nicht zuletzt aufgrund des SPRANGERSchen Gutachtens geholt worden (vgl. MOSER 1991, S. 486, S. 510, Anm. 16). Die Stelle umfaßte einen Lehrauftrag für Philosophie, Psychologie und Pädagogik. Das von FLITNER und dem Dekan der Philosophischen Fakultät, dem Altphilologen BRUNO SNELL, unterzeichnete Gutachten vom 2. 10. 1945 (Briefkopf: Seminar für Erziehungswissenschaft) gab aufgrund der nachkriegsbedingt eingeschränkten Informationsmöglichkeiten ein abschließendes Urteil lediglich zu dem „an erster Stelle zu nennenden EDUARD SPRANGER von der Universität Berlin“ ab. Das Gutachten würdigte WILLIAM STERN als Wissenschaftler „von großem Ruf“, hob seine innovativen Forschungen zur Psychologie der Kindheit und seine Untersuchungen zur Kriminalpsychologie sowie zur Berufseignung hervor und erinnerte auch an die Bedeutung des Seminars für die Lehrerbildung dank der Leistungen von STERNs Assistentin MARTHA MUCHOW.<sup>9</sup> Die Intention der Neubesetzung des Lehrstuhls mit der Berufung SPRANGERS war es aber, eine Korrektur der naturwissenschaftlichen, obgleich mit STERN bereits „personalistisch“ orientierten Psychologie durch eine „geisteswissenschaftliche Psychologie“ durchzusetzen. SPRANGER beherrsche „das gesamte philosophische und pädagogische Gebiet, insbesondere die Kulturphilosophie und die geisteswissenschaftliche Psychologie“. „Das Psychologische Institut würde in erster Linie zu einer Pflegestätte der geisteswissenschaftlichen und pädagogischen Psychologie werden“ (StH, A 3, Bl 142).<sup>10</sup>

Die Notwendigkeit dieser Ausrichtung begründete das Gutachten folgendermaßen: Eine Abkehr von der „vorwiegend experimentell[en], dann behavioristisch aufgebaut[en]“ Psychologie sei „durch die Methode des Personalismus (STERN) und der Ganzheitsauffassung (KÖHLER), der Entwicklungsbeobachtung (KRÜGER), der Völkerpsychologie (STEINTHAL, WUNDT) zwar

---

kultät für die zweite erziehungswissenschaftliche Professur (Nachfolge DEUHLER) wurde am 19. 8. 1946 an den Rektor und die Hochschulabteilung geschickt: 1. HANS WENKE, 2. pari passu: ERICH WENIGER und FRIEDRICH DELEKAT.

8 Laut Gutachten der Kommission, unterzeichnet von FLITNER und SNELL, geht es um „die Wiederbesetzung der Psychologischen Professur“. Der Vorgang ist aber abgelegt in der Akte A i 3/15: Professur für Erziehungswissenschaft. Erst für die folgende Vorschlagsliste vom 30. 8. 1946 wurde die Akte „ordentliche Professur für Psychologie (Zusammenlegung von zwei Wiss. Ratsstellen)“ (A i 3/48) angelegt. Deshalb muß es sich um das Budget der DEUHLER-Stelle gehandelt haben.

9 MARTHA MUCHOW (\*25. 9. 1892) wählte aus politischen Gründen sowie aus Protest gegen die Entlassung ihres Lehrers STERN am 29. 9. 1933 den Freitod (HOCHMUTH/DE LORENT 1985, S. 316; MOSER 1991, bes. S. 494f.).

10 STERN selbst hatte allerdings 1921 als Spezifikum des Hamburger Instituts herausgestellt, daß „der Gegensatz ... zwischen einer naturwissenschaftlichen (erklärenden) Psychologie und einer geisteswissenschaftlichen (verstehenden) Psychologie ... für die Arbeit des Hamburger Instituts eigentlich nie konstitutiv gewesen“ sei (zit. nach MOSER 1991, S. 490).



angebahnt worden, aber es wurde nicht zum Kern des Problems vorgestoßen“ (StH, A 3, Bl 140). Erst „neuerdings“ sei dies von drei Seiten aus geschehen: dem Ausbau des hermeneutischen Verfahrens in der „geisteswissenschaftlichen‘ Psychologie“ (1); von der phänomenologischen Schule aus in der „philosophischen Anthropologie von MAX SCHELER und HELMUTH PLESSNER; auch M. HEIDEGGER“, deren Anregung jedoch von den Fachpsychologen noch nicht hinreichend verarbeitet worden sei (2), und von der „sogenannten ‚Tiefenpsychologie‘“ aus, die nach „den einseitigen Theoremen von FREUD, ADLER, PFISTER“ durch JUNG „neuerlich eine Ausreifung erfahren“ habe (3). Die Verbindung der drei Richtungen stelle „heute die zu lösende Aufgabe der Universitätswissenschaft dar“ (StH, A 3, Bl 140).

In dieser „Übergangssituation“ führte das Gutachten als Kandidaten für die ältere Richtung OSWALD KROH („sehr fraglich, ob für KROH die Bestätigung der Militärregierung zu erlangen wäre, da er im letzten Jahrzehnt hohe Ämter innegehabt hat“ [StH, A 3, Bl 141]), ROBERT HEISS in Freiburg und PHILIPP LERSCH in Leipzig an. Als Vertreter der Tiefenpsychologie und der aus „seelenärztlicher Erfahrung“ neu gewonnenen Psychologie komme besonders ERNST MICHEL in Frage; es folgten „im Abstand“ Studienrat Dr. PASCHE, Dr. v. GEBSATTEL und Frau RIENITZ. Für die philosophische, phänomenologisch arbeitende Psychologie wurde niemand benannt. Falls SPRANGER absage oder die Behörde auf einen anderen Kandidaten zurückgreifen wolle, möge die Besetzung um ein Semester verschoben werden. ERICH LEHMENSICK aus Hannover solle dann vertretungsweise im WS 45/46 die Professur übernehmen; sofern er nicht komme, „wird die Fakultät unter den aus dem Osten geflüchteten oder in Gießen und Göttingen freigewordenen Dozenten einen Vertreter aussuchen und der Hochschulverwaltung vorschlagen“ (StH, A 3, Bl 144). Trotz der Hamburger Bemühungen von FLITNER und Senator LANDAHL und obwohl bereits eine Vereinbarung zwischen Schulbehörde (5.2.1946) und SPRANGER (18.1.1946) unterzeichnet worden war (StH, A 3, Bl 168), zog SPRANGER den Ruf an die Universität Tübingen vor. Am 10.4.1946 hatte er LANDAHL mitgeteilt, daß weitere Angebote von Göttingen, Köln, Tübingen und Mainz vorlägen; er halte zwar an der festen Vereinbarung mit Hamburg fest, fügte jedoch hinzu: „Aber meine Lage wird allmählich so bedrängt, daß ich [„im Hinblick auf meine gefährdete Situation“] schließlich da zugreifen müsste, wo man mir heraushelfen kann“ (StH, A 3, Bl 173, 174), „denn nur eine einflußreiche Macht kann bewirken, daß ich herauskomme.“

Die 2. Vorschlagsliste der Philosophischen Fakultät für die „Wiederbesetzung des Lehrstuhls für Psychologie“ vom 30. 8. 1946 lautete: DAVID KATZ und ROBERT HEISS. KATZ lehnte in seiner Antwort an FLITNER vom 20. 3. 1947 eine Rückkehr nach Deutschland, insbesondere nach Hamburg „nicht prinzipiell“ ab, äußerte jedoch Bedenken, weil er von dem gerade in Kreisen der Studenten herrschenden Antisemitismus gehört hatte (StH, A 4, Bl 8). Das Gutachten des Extraordinarius für Philosophie, JOSEF KÖNIG (das philosophische Ordinariat des 1934 emigrierten ERNST CASSIRER war noch nicht wieder besetzt), zählte KATZ der Generation nach zu den Vertretern „der abbildenden experimentellen Psychologie“, stellte ihn somit einerseits „in die Reihe der WOLFGANG KÖHLER, WERTHEIMER, KOFFKA, GELB, JAENSCH [!] und BÜHLER“. Neben diesen von WUNDT u. a. ausgehenden „Impulsen zum naturwissenschaftlich orien-

tierten Experiment“ habe KATZ „gleich starke Anregungen durch HUSSERLS frühe deskriptive Psychologie“ und Phänomenologie wie durch seinen Lehrer GEORG ELIAS MÜLLER erfahren (StH, A 4, Bl 2). Seine Bücher „Der Aufbau der Farbwelt“ (1930) und „Der Aufbau der Tastwelt“ (1925) hätten „Epoche gemacht“ und auf die Gestaltpsychologie eingewirkt, der KATZ jedoch nicht zuzurechnen sei. Sein „pädagogisches Interesse“, seine zum Teil gemeinsam mit seiner Frau verfaßten pädagogischen Schriften dagegen seien lediglich der Aufmerksamkeit gegenüber der Entwicklung der eigenen Kinder entsprungen (vgl. auch KATZ 1954). „Auf jeden Fall ist KATZ ein Forscher“, so die abschließende Würdigung, „dessen ... sich über 25 Jahre erstreckende erste Arbeitsperiode ihn als eine wissenschaftliche Kraft ersten Ranges voll ausweist.... Seine Nennung an erster Stelle scheint mir das Gegebene“ (StH, A 4, Bl 4f.). Die Intention des Gutachtens lag also deutlich darin, einen der großen Psychologen der Vorkriegszeit für Hamburg und für die deutsche Psychologie zu gewinnen.

Dieselbe Absicht verfolgte, nachdem KATZ definitiv abgelehnt hatte, die endgültige Liste vom 5. 2. 1949; sie trug die Namen 1. KÖHLER, 2. BONDY und 3. WELLEK. Angesichts der wissenschaftlichen Bedeutung KÖHLERS stelle dessen vorgerücktes Alter keinen Einwand gegen seine Berufung dar (StH, P 18, 5. 2. 1949). Aus eben diesem Grund lehnte die Behörde jedoch KÖHLER ab; CURT BONDY wurde schließlich berufen und kam zum SS 1950 (StH, P 18, 16. 7. 1949). Der entscheidende Passus in der Vorschlagsliste lautete wie folgt:

„Die geplante Besetzung des Ordinariats für Psychologie der Universität Hamburg unterscheidet sich von ähnlichen Vorgängen im Wechsel des Lehramts dadurch, dass es sich nicht um die Fortsetzung, sondern um die Wiederherstellung eines seit Jahren unterbrochenen Zustandes handelt. Denn in den Anfängen der Nationalsozialistischen Periode, im Jahre 1934, wurde der Lehrstuhl für Psychologie, den bis dahin der in der Forschung führende und international anerkannte Professor WILLIAM STERN innehatte, für Zwecke außerhalb des Faches [nämlich Archäologie] verwendet. Professor STERN selbst wurde seiner jüdischen Abstammung wegen seines Amtes entsetzt.“

Nach wiederholten Versuchen sei es der Philosophischen Fakultät erst jetzt möglich, „der Psychologie die Stellung wieder einzuräumen, die ihr zukommt und die sie vordem innehatte, als WILLIAM STERN das Fach vertrat“. Der künftige Lehrstuhlinhaber solle also

„durch sein wissenschaftliches Ansehen wie durch seine persönliche Tatkraft das Psychologische Institut auch organisatorisch wieder auf die einstige Höhe bring[en] und entsprechend den erweiterten Aufgaben und Anforderungen der Gegenwart über den früheren Stand hinaus entwickel[n]. Unter diesen Bedingungen würde die Fakultät erneut Prof. Dr. DAVID KATZ (früher Rostock, jetzt Stockholm) in Vorschlag bringen, wie sie es bei anderer Gelegenheit schon einmal getan hat, doch muß sie jetzt davon Abstand nehmen, da sie mit Bestimmtheit erfahren hat, dass Prof. KATZ Schweden nicht verlassen wird“ (StH, B, Bl 57 ff.).

Für die erfolgreiche Berufung BONDYS einige Ergänzungen zur wissenschaftlichen Genese und Bindung dieses Emigranten an Hamburg: BONDY war bereits von 1925 bis 1930 Privatdozent an der Hamburger Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät. Nach seiner Promotion (1921) in Psychologie und Pädagogik an der Philosophischen Fakultät mit der Arbeit „Die proletarische

Jugendbewegung in Deutschland“ hatte er sich an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät am 18. 6. 1925 mit „Pädagogische Probleme des Strafvollzugs“ habilitiert. Auf seinen Wunsch hin erweiterte die Fakultät 1925 seine *Venia legendi* für „Kriminalpsychologie und -pädagogik“ um „Sozialpsychologie und Sozialpädagogik“. Von 1930 bis 1933 war er Honorarprofessor in Göttingen. Ab 1921 hatte er sich bereits in der sozialpädagogischen Feldarbeit mit jugendlichen Strafgefangenen in Hamburg-Hahnöfersand engagiert und ab 1929 in Eisenach die sozialpädagogische Leitung eines Jugendstrafgefängnisses übernommen. CURT EISFELD, Dekan der Hamburger Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, begründete am 19. 12. 1947 die auch von anderer Seite unterstützte Einladung BONDYS zu Gastvorträgen auf dem Gebiet der amerikanischen Sozialpsychologie und Sozialpädagogik gegenüber der Schulbehörde folgendermaßen:

„Er [BONDY] ist in der deutschen Fachwelt noch heute wohlbekannt, als einer der Pioniere moderner Gedanken im Jugendstrafvollzug und in der Fürsorgeeinrichtung. Er hat durch seine Arbeiten so stark gewirkt, dass selbst in der Zeit von 1933–1945 diese Gedanken nie ganz ausgestorben sind. Jetzt nach der Niederlage wird in seinem Geist die Reform des Jugendstrafvollzugs und der Fürsorgeerziehung wieder angepackt werden müssen. Es ist daher von grösster Bedeutung, dass die Fachkreise in Deutschland wieder in Berührung mit Herrn Professor BONDY kommen, um von ihm zu erfahren, wie er heute zu den uns bewegenden Problemen auf seinem Fachgebiet steht und welche Anregungen er uns aus seiner seit 1936 erworbenen Kenntnis der Sozialpsychologie und der Sozialpädagogik des Auslandes, insbesondere der U. S. A. geben kann. ... Meine Fakultät wünscht mit ihrer Einladung Herrn Professor BONDY auch zu zeigen, dass er in den Jahren seit 1938, als er von seinem Lehrstuhl in Göttingen emigrieren musste, in Kreisen seiner alten Kollegen unvergessen geblieben ist“ (StH, B, Bl 50).

BONDY äußerte in seiner Antwort an EISFELD nicht nur seine Freude über die Einladung, er betrachtete sie auch als eine „besondere Ehre“. „Mir liegt es sehr am Herzen zu meinem kleinen Teile an einer friedlichen Zusammenarbeit der U. S. A. und Deutschlands beizutragen. Jede Phase des Wiederaufbaus Deutschlands interessiert mich ausserordentlich“ (StH, U 10, Bl 156).

Nachdem BONDY von SIEVERT mit dem Schreiben vom 2. Mai 1949 erneut für eine Gastprofessur zum SS 49 und für Kurse und Vorträge „im Namen der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät und des Pädagogischen Instituts der Universität Hamburg sowie im Namen der Jugendbehörde und der Gilde sozialer Arbeit“ eingeladen worden war (StH, B, Bl 56), begründete die Philosophische Fakultät ihren Berufungsvorschlag als eine (für ihn mehr noch als für KÖHLER zutreffende) „politische Wiedergutmachung“ wegen der „bedrohlichen Verfolgungen“, denen der 1894 in Hamburg geborene BONDY aufgrund seiner jüdischen Abstammung ausgesetzt gewesen sei, und als eine „Ehrenpflicht“: Da BONDY „einst Student, Doctor philosophiae als Schüler von WILLIAM STERN und Privatdozent an der Universität Hamburg war, erfüllt die Philosophische Fakultät eine ihr zufallende Ehrenpflicht, wenn sie ihn in Überzeugung seiner fachlichen und persönlichen Qualifikation in Vorschlag bringt“ (StH, B, Bl 58). Gewürdigt wird seine Arbeit auf dem Gebiete der Sozialpsychologie und der angewandten Psychologie, ausgerichtet auf Fragen der Jugendfürsorge und der Kriminalpsychologie. Von BONDY könne „mit Bestimmtheit“ erwartet werden, daß er „den Studierenden den Blick für die psychologische Forschung ausserhalb Deutschlands öffne[], die sich besonders kraftvoll in

den USA entwickelt hat, aber seit Jahren ausserhalb unseres Gesichtskreises blieb“. Hervorgehoben wird zudem der schon bei den Besuchen in Erscheinung getretene „Impuls seiner Persönlichkeit“ als Garantie für eine erfolgreiche „organisatorische Erneuerung des Psychologischen Institutes und dessen theoretische und angewandte Forschungsarbeit“. Aufmerksam registrierte das Gutachten BONDYS „sachliche und persönliche Bindungen zu allen massgebenden Instanzen des Hamburger Staates“, die „über den Wechsel der Zeiten sich als dauerhaft erwiesen“ hätten.

### *Beispiel 2: Rückholung ohne Reintegration*

ANNA SIEMSEN-VOLLENWEIDER (1882–1951) strebte von ihrem Schweizer Exil aus eine Dozentur in der Hamburger Lehrerbildung an. SIEMSEN, eine entschiedene Pazifistin und Sozialistin, hatte nach ihrer Promotion als Politikerin und Lehrerin u. a. in Düsseldorf, ab 1921 als Oberschulrätin in Berlin gewirkt und sich in Thüringen für die weltliche Einheitsschule und akademische Volksschullehrerbildung eingesetzt. Mit der Niederlage der SPD in Thüringen verlor sie 1924 ihre Schulaufsichtsstelle im thüringischen Kultusministerium und behielt lediglich eine Honorarprofessur an der Universität Jena bis zu ihrer Zwangsentlassung am 30.1.1933 (GROSSMANN 1933). In einem persönlichen Brief vom 21.8.1946 wandte sie sich an den Senator und einstigen SPD-„Genosse[n]“ LANDAHL (StH, S III, Bl 12). LANDAHL wünschte ihre Mitarbeit und bestätigte ihr am 2.11.1946, „daß die Schulverwaltung Ihnen in persönlicher Besprechung mit mir die etatsmäßige Stelle eines Oberstudiendirektors unter Anrechnung Ihrer Dienstjahre und mit gleichzeitiger Übertragung eines Lehrauftrages für neuere Literatur an der Universität angeboten hat“ (StH, S III, Bl 18; S II). Trotz seines Einsatzes, trotz persönlicher Vorsprachen beim Kammerer konnte LANDAHL ihre erneute Verbeamtung aber nicht durchsetzen. Auch der Versuch, sie im Pädagogischen Institut der Universität unterzubringen (StH, S III, Bl 36, 19.6.1947), war nicht erfolgreich. ANNA SIEMSEN blieb, wie sie LANDAHL am 25.4.1948 schrieb, „sozusagen Gelegenheitsarbeiter auf sofortige Kündigung“ (StH, S III, Bl 59 R). In diesem Brief brachte sie ihre Enttäuschung über die nicht eingehaltenen Versprechen, aufgrund deren sie nach Hamburg gekommen war, zum Ausdruck: In Aussicht gestellt worden sei ihr eine erneute Verbeamtung im Sinne einer Wiedergutmachung und die Mitarbeit in der universitären Lehrerbildung „an einer Demokratisierung und Humanisierung der deutschen Jugend“. Auf diese Aufgabe habe sie sich (wie ebenfalls den der Personalakte „Schulwesen“ beigelegten Kursberichten zu entnehmen ist) während ihres Schweizer Exils vorbereitet. Da die Notlehrerkurse, für die sie als wissenschaftliche Angestellte tätig gewesen war, mit der Maiprüfung 1948 aus finanziellen Gründen eingestellt wurden, schien das Honorar für zwei Vorlesungen ihre einzige finanzielle Basis zu werden. Durch wiederholten Einsatz der Schulbehörde und vor allem LANDAHLs gelang dann zum Herbst 1948 doch noch eine „großzügige“ Regelung“ der Pensionsbezüge (HANSEN-SCHABERG 1993, S. 327).

Für den von LANDAHL zugesicherten Lehrauftrag in der Literaturwissenschaft hatte die Schulbehörde lediglich mit dem Rektor der Universität, also

ohne Kenntnis der Philosophischen Fakultät, verhandelt. In einem ausführlichen Gutachten der Abteilung Germanistik wurde SIEMSEN, die 1909 bei dem Germanisten W. WILLMANN in Bonn promoviert hatte, die wissenschaftliche Qualifikation in Germanistik abgesprochen und deswegen der Lehrauftrag verweigert (StH, S I, Protokollauszug vom 22.3.1947). FLITNER konnte die Situation insofern entspannen, als er SIEMSEN für das SS 47 über den Dekan der Philosophischen Fakultät Themen im Allgemeinen Vorlesungsverzeichnis als Publice-Vorlesungen anbieten ließ und er ihr für das WS 47/48 eine zweistündige Vorlesung im Pädagogischen Institut vermittelte.

Warum diese Schwierigkeiten? Kam SIEMSEN, die ja aus der Schweiz ohne die für Emigranten etwa aus den USA, aus England oder Frankreich notwendige Genehmigung der Besatzungsmacht nach Deutschland ausreisen konnte, zu früh, noch bevor die Modalitäten für die Rückkehr von Emigranten geregelt waren? Jedenfalls fehlte die Unterstützung seitens der Hamburger Fakultät, und nach Jena wollte SIEMSEN nicht zurückkehren. War ihre politische Haltung – ihren persönlichen Brief an LANDAHL vom 21. 8. 1946 hatte sie „Mit sozialistischem Grusse“ unterzeichnet – nicht opportun, so daß sie schließlich „ein Opfer der nachkriegsspezifischen politischen Blindheit und der Verwaltungsbürokratie“ geworden ist, wie der mit ihr befreundete LUDOLF MEVIUS annimmt (1985, S. 289; vgl. SCHMÖLDERS 1990, S. 121)? Dem Bericht der Delegation der britischen Association of University Teachers zufolge hatte ein hochgestellter Gewährsmann versichert, „but for outside pressure no Socialist would hold a post today in a certain university“ (PHILLIPS 1983, S. 28) – damit könnte Hamburg gemeint sein, auch ein Aktenfund im Bereich der Soziologie legt dies nahe. Über ihre spätere Arbeit im Kuratorium des Instituts für die Geschichte des Nationalsozialismus in München (später Institut für Zeitgeschichte), zu der sie „ohne allzuviel Ablenkung“ von ihrer Hamburger Tätigkeit beizutragen hoffte (StH, S III, Bl 55, 21.1.1948), sagen die Hamburger Akten nichts aus.

### *Beispiel 3: Berufungsanfrage an eine Emigrantin, deren Rückkehr offensichtlich nicht gewollt war*

Die Stelle des neugeschaffenen Extraordinariats für Auslandspädagogik an der Hamburger Universität wurde zum SS 1950 mit WALTHER MERCK „primo et unico loco“ besetzt. HANS WENKE, der Nachfolger GUSTAF DEUHLERS, hatte das Gutachten verfaßt. Nach dem Studium von Philosophie, Pädagogik und Psychologie hatte WENKE 1926 bei SPRANGER promoviert, erteilte von 1928 bis 1938 Privatunterricht im Auftrage des „Deutschen Instituts für Ausländer“ und war von 1934 bis 1938 Assistent am Pädagogischen Seminar der Universität Berlin. 1937 übernahm er die Schriftleitung der u. a. von SPRANGER herausgegebenen Zeitschrift „Die Erziehung“. Nach seiner Habilitation in Frankfurt am Main im Jahre 1938 arbeitete er an der Universität Erlangen, von 1938 bis 1941 als Dozent, dann als planmäßiger außerordentlicher Professor und – nach seinem Militärdienst – von 1943 an als ordentlicher Professor, außerdem wirkte er als Heerespsychologe in Nürnberg. Noch vor seiner Berufung nach Hamburg war WENKE Anfang Februar 1946 in Erlangen von den Amerikanern entlassen

worden. Die Hamburger Schulbehörde hielt nach einer eidesstattlichen Erklärung WENKES seine Berufung zum 1. 4. 1946 aufrecht (StH, W, Bl 19–25; vgl. P 17, 22. 2. 1946). WENKES NS-Vergangenheit wurde erst in der Studentenbewegung, nach 1965, thematisiert (StH, W, Bl 61 ff.).

Für die Stelle der Auslandspädagogik naheliegend, fragte WENKE nach Emigranten, „die nun mit reichen Erfahrungen und Einsichten nach Deutschland zurückkehren könnten“. Der in Salzburg lebende, als Ordinarius an der dortigen Hochschule lehrende 68jährige FRIEDRICH SCHNEIDER, „wichtigster Fachvertreter“ und bis 1933/34 „Herausgeber der bekannten Internationalen Zeitschrift für Erziehung“, wurde jedoch lediglich angeführt. In gewundener Argumentation heißt es dann:

„Die einzige Persönlichkeit, die der Fakultät bekannt ist, wäre Frau Professor Dr. ELISABETH BLOCHMANN, die an pädagogischen Akademien wirkte und nach ihrer Emigration als Lektorin für deutsche Literatur am College ‚Lady Margaret Hall‘ in Oxford wirkt. Abgesehen davon, dass sie nicht habilitiert ist,<sup>11</sup> muß beachtet werden, dass sie nicht das Fach Pädagogik vertritt, sondern deutsche Literatur und Sprache lehrt und naturgemäss nur ihre pädagogischen Erfahrungen, die sie in dieser Tätigkeit in England gesammelt hat, zur Verfügung stellen kann. Die Fakultät weiss die Persönlichkeit und die Interessen von Frau BLOCHMANN durchaus zu würdigen, und sie hat deshalb dem Antrag der Fachvertreter für Erziehungswissenschaft zugestimmt, sie für Gastvorlesungen im Rahmen des Pädagogischen Instituts für das Wintersemester 1949/50 zu gewinnen“ (StH, M, Vorschlagsliste, S. 2).

Die bereits abgeschlossenen Verhandlungen hätten aber eindeutig ergeben, daß BLOCHMANN sich „in klarer Selbstkritik“ auf den „Bereich ihrer persönlichen Erfahrungen“ zu beschränken wünsche, für die Professur also auch nicht in Betracht käme. Möglicherweise könne sie jedoch nach ihrer bevorstehenden Pensionierung in Oxford für die Lehrtätigkeit am Pädagogischen Institut der Hamburger Universität gewonnen werden, da sie in Deutschland wirken wolle.

Festzuhalten ist, daß nicht FLITNER, der ja mit NOHL befreundet war, für NOHLS Schülerin ELISABETH BLOCHMANN (JACOBI 1992; KLAFFI 1992) die Anfrage übernommen hatte. Wenn man nun im weiteren Gutachten erfährt, auf welchen Umwegen der spätere Kandidat gefunden wurde, ist unverständlich, daß BLOCHMANN abgelehnt wurde. Im Verlaufe des Besetzungsverfahrens hatte man u. a. das Extraordinariat auf die Fächer Allgemeine und Praktische Pädagogik umstellen wollen, wegen Kandidaten an fünf Universitäten nachgefragt, zu zwei Gastvorträgen eingeladen und schließlich von der Habilitation als Voraussetzung abgesehen. Nach dieser langen Prozedur bemühte man sich um eine „Persönlichkeit“, „die sich mit der ausländischen, insbesondere englischen und amerikanischen Bildungswelt auf dem Niveau wissenschaftlicher Kenntnis außerhalb der akademischen Laufbahn vertraut gemacht“ hat und geeignet sei, „den mit dem Lehrstuhl verbundenen Anforderungen zu genügen“ (S. 3 des Gutachtens). Beiträge ELISABETH BLOCHMANNs zum englischen

11 Oberschulrat MERCK, der die Stelle übernimmt, war nicht promoviert; ihm war allerdings 1947 durch Beschluß des Hohen Senats der Hansestadt Hamburg der Professorentitel verliehen worden. Im übrigen hatte die Philosophische Fakultät auf ihrer Sitzung vom 16. 7. 1949 beschlossen, für das freie Extraordinariat auch nichthabilitierte Kandidaten in Betracht zu ziehen (vgl. P 18).

Bildungswesen lagen zu diesem Zeitpunkt sehr wohl vor, allein die Zeitschrift „Die Sammlung“ veröffentlichte im Zeitraum 1945/46 bis 1949 vier einschlägige Abhandlungen von ihr (ZYMEK 1975, Anhang).

Daß die Emigrantin BLOCHMANN 1949 nicht nach Hamburg geholt wurde, kann dennoch nicht verwundern. Bereits 1933, bei der Selbstauflösung des „Bundes Deutscher Frauenvereine“ (1894–1933), hatte dessen letzte Vorsitzende, AGNES VON ZAHN-HARNACK, ein „Zeitalter der äußersten Vermännlichung“ konstatiert (v. ZAHN-HARNACK 1933, S. 555); diese Entwicklung wurde durch die nationalsozialistische schul- und hochschulpolitische Gesetzgebung verschärft. Die Expertise der englischen Universitätslehrer von 1948 nannte deshalb Wege, um dem Mangel an Akademikerinnen an den deutschen Hochschulen abzuhelpfen:

„Die Stellung der Frau im akademischen Lehrkörper ist ein Problem für sich. Erst nach 1918 wurde die akademische Laufbahn Frauen geöffnet, als man begann, einige wenige Frauen in Dozentenstellungen zu berufen. Unter den Nazis waren Frauen zwar zum Studium zugelassen, aber von Dozentenstellungen ausgeschlossen. Infolgedessen gibt es heute äußerst wenige Frauen auf akademischen Posten. Weitere Berufungen von Frauen sollten auf alle Fälle gefördert werden. Wir glauben, daß, wenn mehr britische Dozentinnen Einladungen zu Vorlesungen in Deutschland erhielten, dies dazu beitragen würde, das Vorurteil gegen die Berufung von Frauen, insbesondere gegen ihre Berufung auf höhere Posten, zu brechen, das noch jetzt als stark erschien“ (PHILLIPS 1983, S. 93).

1952, im Alter von 60 Jahren, wurde ELISABETH BLOCHMANN schließlich an die Marburger Universität berufen (FROESE 1977) – für lange Zeit die einzige Vertreterin dieses Faches im Nachkriegsdeutschland.

In der Akte zur Nachfolge des Soziologen WALTHER findet sich – und darauf möchte ich hinweisen, selbst wenn es sich nicht um eine Emigrantin handelt – unter dem Datum vom 20. 1. 1947 eine Bewerbung der Soziologin und ersten Pädagogikprofessorin in Deutschland zur Zeit der Weimarer Republik, der 1933 in Jena entlassenen MATHILDE VAERTING (KRAUL 1990; WOBBE 1991). Wegen eines noch fehlenden kollegialen Netzwerkes hatte sie selbst die Initiative ergriffen – ein nach meiner bisherigen Recherche einmaliger Vorgang, hatte SIEMSEN doch über einen persönlichen Kontakt zu LANDAHL verfügt und primär eine Arbeit in der Lehrerbildung, die der Universität lediglich angegliedert war, angestrebt. Senator LANDAHL wies in seiner Antwort an VAERTING darauf hin, daß es „zunächst Angelegenheit der Fakultät ist, die erforderlichen Vorschläge für die Besetzung der Lehrstühle zu machen“ (StH, A 5, Bl 64, 65). Obwohl VAERTING eine „gutachterliche Äußerung von Prof. von WIESE, dem Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Soziologie“ beigelegt hatte (nicht in der Akte), wurde ihre Bewerbung von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät nicht berücksichtigt.

#### 4. Ausblick

Eine definitive Aussage zur Bedeutung der Remigration für die Erziehungswissenschaft ist verfrüht. Die Frage, inwieweit Emigranten des erziehungswissenschaftlichen Bereichs Angebote zur Rückkehr erhielten, läßt sich erst beantworten, wenn man die Geschichte sämtlicher erziehungswissenschaftli-

cher Seminare bzw. Pädagogischen Institute erforscht hat (HERRLITZ 1988; KERSTING 1994).

Aber nicht nur in Hamburg erinnerte der nach Kriegsende sich versammelnde Lehrkörper an die ehemaligen Kollegen, auch an die Emigranten. Ob ein Wissenschaftler dann auf einer Vorschlags- oder Berufungsliste erschien, hing nicht zuletzt davon ab, ob jemand sich für ihn eingesetzt hatte. Den Ausschlag für eine Berufung gaben dann die bekannten Verfahrensmechanismen, die wissenschaftliche Kompetenz der Kandidaten und die im jeweiligen Institut vertretene Fachrichtung, aber auch das „soziale Kapital“. So im Fall BONDY. Um ein weiteres Mal auf KATZ zu kommen: Auch der Dekan der Philosophischen Fakultät in Greifswald, GÜNTHER JACOBI, erinnerte sich an KATZ und bat ihn, ihm bei der Suche nach einem Ordinarius für Psychologie behilflich zu sein (UAG, 31, 16. 10. 1947, Anlage). An KATZ' Forschung war er aber offensichtlich nicht interessiert. Indessen stand JACOBI für die Wiederaufnahme der Zwillingforschung mit der Absicht, das Verhältnis von Erbe und Umwelt in der menschlichen Entwicklung zu bestimmen, mit OSWALD KROH in Verhandlung; KROH war von der Berliner Universität als ehemaliges NSDAP-Mitglied entlassen worden. KATZ blieb auch für den an der Berliner, dann Humboldt-Universität in der Erb- und Zwillingforschung engagierten Psychologen KURT GOTTSCHALDT, den Nachfolger WOLFGANG KÖHLERS, als Maßstab für die Rostocker bzw. deutsche Psychologie im Bewußtsein (UAR, St, Bl 67 R, Brief v. 24. 9. 1951). Man erinnerte sich an die namhaften emigrierten Wissenschaftler, suchte durch Berufung ihre fachliche Kompetenz zurückzugewinnen, oder man wollte nur ihre Kontakte nutzen, sogar für eine dem Nationalsozialismus nahe Ausrichtung des Faches.

Zu relativieren sind Überlegungen zur „Verdrängung“ von Emigranten nach 1945 auch aufgrund der restaurativen Entwicklung im westlichen Deutschland. So schrieb KATZ an FLITNER, noch bevor er seine Berufung nach Hamburg endgültig abgelehnt hat: „Um aber die wichtigste Bedingung schon heute zu nennen: ich müßte sicher sein, daß meine Rückkehr nach Deutschland von allen maßgeblichen Stellen gewünscht wird. Man hört hier imm[er] wieder, daß der Antisemitismus in Deutschland noch immer sehr lebendig sei und das besonders in den Kreisen der Studenten. Sollte das wirklich zutreffend sein und ich infolgedessen mit einer inneren Ablehnung von seiten der Studenten rechnen müssen, so könnte ich nicht zurückkehren“ (StH, A 4, Bl 8). Mithin konnte eine Nichtrückkehr, in anderen Fällen selbst unter materiell ungesicherten Verhältnissen, als das geringere Übel angesehen werden (WITTEBUR 1991).

Nicht minder gravierend für die Frage der Rückkehr war es, welcher ehemalige Kollege die Korrespondenz übernahm, wer begutachten und wie der künftige Kollegenkreis aussehen würde (GOLCZEWSKI 1988, Kap. IX und X). Auch die Geschlechterproblematik darf an dieser Stelle nicht übersehen werden. WENKES Äußerungen zu E. BLOCHMANN hinterlassen bei aller Ungereimtheit gerade in dieser Hinsicht einen merkwürdigen Beigeschmack. Oder, um ein Beispiel aus den Vorschlagslisten für Soziologie anzuführen: Der in London lebende Emigrant GERHARD LUETKENS, den ALFRED WEBER aus Heidelberg empfohlen hatte, beantwortete die Hamburger Anfrage abschlägig, da er für die SPD-Leitung in Hannover vorgesehen sei. An seiner Stelle schlug er seine



Frau CHARLOTTE LUETKENS-MENDELSSOHN vor; Gutachten für sie könnten von dem Doktorvater ALFRED WEBER, dem befreundeten E. ROSENBAUM (London School of Economics and Political Science), dem Chicagoer Soziologen E. SHILS (seinerzeit ebenfalls London School of Economics) sowie von den in New York lebenden Emigranten ADOLF LÖWE und EDUARD HEIMANN eingeholt werden. In den Akten findet sich neben ROSENBAUMS lediglich ALFRED WEBERS überzeugende Empfehlung, die Fakultät hatte die angebotenen Möglichkeiten offensichtlich nur halbherzig wahrgenommen. Da Emigrantinnen, wie biographische Äußerungen und ein Literaturüberblick ergeben, sich aufgrund der Bedingungen in den Immigrationsländern besonders für die emanzipatorischen Chancen von Frauen interessierten, das altvertraute Weiblichkeitsbild zu revidieren begannen und da sie andererseits die spezifische Indienstnahme von Frauen im nationalsozialistischen Deutschland nicht erfahren hatten, dürfte ihre Nicht- oder erst verspätete Berufung an die deutschen Universitäten der im Nationalsozialismus verstärkt durchgesetzten Vermännlichung, auch in der Erziehungswissenschaft, einen Abtrag erspart haben.

Bedeutung für die Disziplin konnte eine permanente oder zeitweilige Remigration dann erlangen, wenn das im Immigrationsland erworbene Wissen mit dem im Heimatland vorhandenen eine fruchtbare Allianz einging. Exemplarisch gilt dies für die Rückkehr BONDYS. Er organisierte nicht nur immer wieder Lehraufträge für amerikanische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, er war auch wichtiger Kommunikationspartner für emigrierte Fachkollegen in Deutschland und in den USA. Ob ein Wissenstransfer zwischen Immigrationsland und Deutschland möglich oder wenigstens gewollt war, hing vom Entwicklungsstand der (Sub-)Disziplin ab – im Fall der Sozialpädagogik z. B. erwies er sich als günstig.

Der Blick auf die Gruppe der Emigranten sollte, wie bereits die Göttinger Rektorenkonferenz vom 2.10.1945 gefordert hatte, nicht die Sicht auf die in Deutschland verbliebenen, 1933 und erneut 1945 aus politischen Gründen „Verdrängten“ und auf die Bedeutung möglicher Koalitionen zwischen diesen beiden Gruppen im Nachkriegsdeutschland verstellen. MARGARETE EBERHARDT (1886–1958), die in Gießen, kurzfristig in den USA und von 1929 an in Hamburg vor allem über Taubstumme geforscht hatte, war 1934 wegen „des Verdachts kommunistischer Umtriebe“ beurlaubt worden – die Anschuldigung wurde 1935 aufgehoben, nicht jedoch die Beurlaubung. EBERHARDT wandte sich 1947 wegen der Zulassung zur Habilitation an FLITNER und WENKE. FLITNER kannte ihre überwiegend psychologischen Arbeiten nicht; WENKE lehnte das Habilitationsgesuch ab, bewilligte aber die Lehrauftragstätigkeit. Da EBERHARDT aus politischen Gründen entlassen wurde, „stellt sich [die] Behörde auf den Standpunkt, daß in der Frage des Lehrauftrags ein Wiedergutmachungsfall vorliege“ (StH, E I, BI 158). Nach WENKES Weggang beantragte BONDY regelmäßig die Lehraufträge. Zum 70. Geburtstag von EBERHARDT veranlaßte BONDY eine Ehrung in Form einer Honorarprofessur. Wie er WENKE – der seinerzeit EBERHARDT an die Universität zurückgeholt hatte und mittlerweile Hamburger Senator war – schreibt, sei sie „doch wohl recht bedrückt darüber, daß sie in der akademischen Laufbahn nicht weiter gekommen sei“ (StH, E II, Brief vom 23.11.1956). Erst mit dem Gutachten von KÖHLER, der immer noch am Swarthmore College in Pennsylvania lehrte, gelang schließlich der von

BONDY initiierte Akt einer verspäteten Würdigung. Während WALTHER MERCK in seiner Laudatio das schwere Unrecht betonte, das EBERHARDT im Nationalsozialismus zugefügt worden war, wurde im Bericht der „Welt“ vom 8. 8. 1957 über die Verleihung der Honorarprofessur die NS-Zeit unterschlagen; auch anlässlich ihres Todes im folgenden Jahr fehlte in der kurzen Würdigung durch OLGA ESSIG im „Hamburger Echo“ vom 15./16. Februar 1958 ein Hinweis auf diese Zeit.

## *Quellen und Literatur*

### *a) ungedruckte Quellen*

UNIVERSITÄT KIEL

Kiel, B = Personalakte FRITZ BLÄTTNER, Dekanat der Phil. Fak. der Universität Kiel

STAATSARCHIV HAMBURG (StH)

#### *a) Hochschulwesen II:*

A 3 = A i 3/15: Besetzung der Prof. in der Phil. Fak./Prof. f. Erziehungswissenschaft, 1919–1950

A 4 = A i 3/48: Besetzung der Prof. in der Phil. Fak./Ord. Prof. f. Psychologie, 1946–47

A 5 = A i 5/19: Besetzung der Prof. in der Phil. Fak./Ord. Prof. für Soziologie ab 1947

A 41 = A a 41, Band 2: Ausrichtung und Ausbau der Universität, 1946–1952

HV 1/HV 2 = Ab 34/10, Band 1/Band 2: Erfassung heimatvertriebener Hochschullehrer

U 10 = U 1 10: Gastvorlesungen ausländischer und auswärtiger Wissenschaftler, 1922–1950

#### *b) Hochschulwesen, Dozenten- und Personalakten:*

B = 1176, CURT BONDY

E I = I 161: Band 2: Akte der Schulbehörde – Hochschulabteilung, MARGARETE EBERHARDT, 1929–1959

E II = I 161: Band 3: Akte der Schulbehörde – Hochschulabteilung, MARGARETE EBERHARDT, 1953–1961

K = IV 1321: KLEEBOURG, ALFRED (ohne Blattzählung)

M = IV 1389: Prof. Dr. WALTHER MERCK

S II = I 400: ANNA SIEMSEN, Prof. Dr. VOLLENWEIDER

W = IV 1510: HANS AUGUST WENKE (1903–1980)

#### *c) Protokolle der Sitzungen der Philosophischen Fakultät:*

P 16: 7.5.1945–27.3.1946

P 17: 6.5.1946–28.2.1948

P 18: 24.5.1948–4.3.1950

#### *d) Sonstige:*

S I = Dr. ANNA SIEMSEN, Phil. Fak. der Universität Hamburg, Nr. 658

S III = Schulwesen, Personalakte A 515: ANNA SIEMSEN

Archiv der ERNST-MORITZ-ARNDT-UNIVERSITÄT Greifswald (UAG)

30 = Phil. Fak. 30: Bewerbungen und Berufungsverhandlungen für die Pädagogische Fakultät

31 = Phil. Fak. 31: Errichtung eines Lehrstuhls für Psychologie, 1945–1948

Archiv der UNIVERSITÄT ROSTOCK (UAR)

St = Personalakte Prof. Dr. ERNST STRUCK

## b) Literatur

- ARENDT, H./JASPERS, K.: Briefwechsel 1926–1969, München <sup>2</sup>1987.
- BOROWSKY, P.: Die Philosophische Fakultät 1933 bis 1945. In: KRAUSE/HUBER/FISCHER 1991, Bd. 2, S. 441–458.
- BREHMER, I. (Hrsg.): Mütterlichkeit als Profession? Lebensläufe deutscher Pädagoginnen in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, Bd. 1. Pfaffenweiler 1990.
- DUDEK, P.: Jugend als Objekt der Wissenschaft. Geschichte der Jugendforschung in Deutschland und Österreich. Opladen 1990.
- FEIDEL-MERTZ, H.: Schulen im Exil. Die verdrängte Pädagogik nach 1933. Reinbek 1983.
- FEIDEL-MERTZ, H.: Exil und Rückkehr. In: sozial-extra 10 (1986), S. 34–38.
- FISCHER, K.: Die Emigration von Wissenschaftlern nach 1933. Möglichkeiten einer Bilanzierung. In: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte 39 (1991), S. 535–549.
- FROESE, L.: Blochmann, Elisabeth, Professorin für Pädagogik. In: I. SCHNACK (Hrsg.): Marburger Gelehrte in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts. Marburg 1977, S. 42–47.
- GEISSLER, G.: Eingliederung der Lehrerbildung in die Universität. Das Hamburger Beispiel. Weinheim/Basel 1973.
- GOLCZEWSKI, F.: Kölner Universitätslehrer und der Nationalsozialismus. Personengeschichtliche Ansätze. Köln/Wien 1988.
- GREFFRATH, M.: Die Zerstörung einer Zukunft (1979). Frankfurt a. M./New York 1989.
- GROSSMANN, K.: Der Fall Anna Siemsen. In: Die Frau im Staat 15 (1933), H. 3, S. 7f.
- HANSEN-SCHABERG, I.: Rückkehr und Neuanfang. Die Wirkungsmöglichkeiten der Pädagoginnen Olga Essig, Katharina Petersen, Anna Siemsen und Minna Specht im westlichen Deutschland der Nachkriegszeit. In: Jahrbuch für Historische Bildungsforschung, hrsg. von der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, Bd. 1. Weinheim/München 1993, S. 319–338.
- HERRLITZ, H.-G.: Die Restauration der deutschen Erziehungswissenschaft nach 1945 im Ost-West-Vergleich. In: Die deutsche Schule 80 (1988), S. 4–18.
- HOCHMUTH, U./DE LORENT, H.-P. (Hrsg.): Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz. Hamburg 1985.
- HORN, K.-P./HELM, L.: Zwischen „Ist“ und „Könnte“. Probleme der wissenschaftshistorischen Bilanzierung am Beispiel der Emigration. Vortrag auf der Herbsttagung der Kommission für Wissenschaftsforschung der DGfE, Regensburg, 3.10.1989.
- HORN, K.-P./TENORTH, H.-E.: Remigration in der Erziehungswissenschaft. In: Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch, Bd. 9 (1991), S. 171–195.
- JACOBI, J.: Elisabeth Blochmann zum 100. Geburtstag. In: Neue Sammlung 32 (1992), S. 317–326.
- KATZ, D.: Fünf Jahrzehnte im Dienst der psychologischen Forschung. Autobiographische Aufzeichnungen und Bibliographie. In: Psychologische Beiträge 1 (1954), S. 470–491.
- KEIM, W.: Reformpädagogik und Faschismus. Anmerkungen zu einem doppelten Verdrängungsprozeß. In: Pädagogik 41 (1989), H. 5, S. 23–28.
- KERSTING, CH.: Konstitutionsprozesse der Pädagogischen Fakultäten in der SBZ und DDR von 1945 bis 1955. In: D. BENNER/H.-E. TENORTH/J. SCHRIEWER (Hrsg.): Erziehungsverhältnisse und pädagogische Reflexion in SBZ und DDR, Westzonen und Bundesrepublik. 2. Symposium am Institut für Allgemeine Pädagogik der Humboldt-Universität zu Berlin (November 1993), Berlin 1994 (Mimeo).
- KLAFKI, W. (Hrsg.): Elisabeth Blochmann zum 100. Geburtstag. Katalog zur Ausstellung des Fachbereichs Erziehungswissenschaften der Philipps-Universität Marburg, 1992.
- KRAUL, M.: Mathilde Vaerting: Geschlechtscharakter und Pädagogik. In: BREHMER 1990, S. 241–255.
- KRAUSE, E./HUBER, L./FISCHER, H. (Hrsg.): Hochschulalltag im „Dritten Reich“. Die Hamburger Universität 1933–1945. 3 Bde. Berlin/Hamburg 1991.
- LÜBBE, H.: Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewußtsein. In: Historische Zeitschrift 236 (1983), S. 579–599.
- MEVIUS, L.: Anna Siemsen. Eine sozialistische Berufspädagogin. In: HOCHMUTH/DE LORENT 1985, S. 285–290.
- MÖLLER, H.: Exodus der Kultur. Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler in der Emigration nach 1933. München 1984.

- MOSER, H.: Zur Entwicklung der akademischen Psychologie in Hamburg bis 1945. In: KRAUSE/HUBER/FISCHER 1991, Bd. 2, S. 483–518.
- NEUHAUS, R. (Bearb.): Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959. Veröffentlichung der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Wiesbaden 1961.
- NOHL, H.: Die geistige Lage des akademischen Nachwuchses. In: Die Sammlung 2 (1946), H. 1, S. 1.
- PHILLIPS, D.: Zur Universitätsreform in der britischen Besatzungszone 1945–1948. Köln/Wien 1983.
- PINGEL, F.: Wissenschaft, Bildung und Demokratie – der gescheiterte Versuch einer Universitätsreform. In: J. FOSCHEPOTH/R. STEININGER (Hrsg.): Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945 bis 1949. Paderborn 1985, S. 183–209.
- SAUL, K.: Lehrerbildung in Demokratie und Diktatur. Zum Hamburger Reformmodell einer universitären Volksschullehrerbildung. In: KRAUSE/HUBER/FISCHER 1991, Bd. 1, S. 367–408.
- SCHEUERL, H.: Zur Geschichte des Seminars für Erziehungswissenschaft. In: KRAUSE/HUBER/FISCHER 1991, Bd. 2, S. 519–535.
- SCHMÖLDERS, R.: Anna Siemsen – Sozialistische Pädagogin in der Weimarer Republik. In: BREHMER 1990, S. 110–124.
- SYWOTTEK, A.: Kontinuität und Neubeginn. Über die Anfänge der „Universität Hamburg“. In: KRAUSE/HUBER/FISCHER 1991, Bd. 3, S. 1387–1416.
- SZONDI, P.: Briefe, hrsg. von CH. KÖNIG und T. SPARR. Frankfurt a.M. 1993.
- TENORTH, H.-E.: Deutsche Erziehungswissenschaft 1930 bis 1945. Aspekte ihres Strukturwandels. In: Zeitschrift für Pädagogik 32 (1986), S. 299–321.
- WASSNER, R.: Auf dem Wege zu einer professionellen Soziologie. In: KRAUSE/HUBER/FISCHER 1991, Bd. 2, S. 1017–1029.
- WIERICHS, G./MENCK, P.: Die akademische Pädagogik von 1928 bis 1955. Eine inhaltsanalytische Untersuchung des Wissens von Erziehung. In: Erziehungswissenschaft. Mitteilungsblatt der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft 3 (1992), H. 6, S. 58–79.
- WITTEBUR, K.: Die deutsche Soziologie im Exil 1933–1945. Eine biographische Kartographie. Münster/Hamburg 1991.
- WOBBE, TH.: Mathilde Vaerting (1884–1977). Eine Intellektuelle im Koordinatensystem dieses Jahrhunderts. In: Jahrbuch für Soziologiegeschichte 1991, S. 27–67.
- ZAHN-HARNACK, A. v.: Schlußbericht über die Arbeit des Bundes Deutscher Frauenvereine. In: Die Frau 40 (1933), S. 551–555.
- ZYMEK, B.: Das Ausland als Argument in der pädagogischen Reformdiskussion. Ratingen/Kastellaun/Düsseldorf 1975.

### *Abstract*

Considering the present state of research, definitive statements on the impact of remigration for educational science would be premature. Nevertheless, taking three examples from the Hamburg University (CURT BONDY, ANNA SIEMSEN, and ELISABETH BLOCHMANN), the present study gives an account of the appointment and science policy of the discipline after 1945, which is largely generalizable. The analysis is based on the evaluation of Hamburg University files, in particular, and includes the neighbour disciplines (sociology, psychology, and philosophy).

### *Anschrift der Autorin:*

Dr. Christa Kersting, Humboldt-Universität, Institut für Allgemeine Pädagogik,  
Unter den Linden 6, 10099 Berlin